



AKTUELLE SITUATION

Seit den Unruhen in Tibet im Vorfeld der Olympischen Spiele in Beijing 2008 überzieht die chinesische Regierung die tibetischen Regionen mit zahlreichen Kampagnen, die das Leben, Handeln und sogar das Denken der tibetischen Bevölkerung bis in das kleinste Detail kontrollieren und reglementieren sollen. Ziel ist die Auslöschung jeglichen Freiheitswillens und schlussendlich der tibetischen Identität.

Verhaftung von Intellektuellen

Seit 2008 wurden über 60 tibetische Intellektuelle unter vagen Vorwürfen des «Separatismus» verhaftet. Darunter befinden sich Musiker, Dichter, Buchautoren und Kleinverleger. Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste hatte es gerade unter jungen Intellektuellen eine Renaissance einer genuin tibetischen Identität gegeben, die sich in neu komponierten Musikstücken, Gedichten und Büchern einen Ausdruck suchte – oft sehr vorsichtig und in kleinen Verlagen und Editionen, um nicht mit den chinesischen Zensoren in Konflikt zu geraten. Schritt für Schritt wurde diese Szene durch Verhaftungen und Verbote lahmgelegt. Viele der Verhafteten sind zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

«Politische Umerziehung» und «Verbesserungskampagnen» Nach den Unruhen wurde zunächst die «Politische Umerziehung» wieder reaktiviert. Hier werden Tibeter, gleich ob Mönche, Nonnen oder Laien, während «Umerziehungssitzungen» gezwungen, den Dalai Lama zu denunzieren und sich mit ihrer Unterschrift unter ein Dokument von ihm loszusagen. Nachdem diese Kampagne nicht den gewünschten Effekt hatte, wurden weitere Kampagnen sowohl zentral als auch lokal in «renitenten» Regionen lanciert.

Präfekturen und Bezirke erlassen teils eigene, detaillierte Bestimmungen, wie sich Tibeter zu verhalten haben. Interessanterweise geschieht dieses überwiegend in Regionen ausserhalb der «Autonomen Region Tibet», wo das Leben seit langem vergleichsweise strenger reglementiert war.

Eine bereits im September 2014 beschlossene «Verbesserungskampagne» wurde in diesem Jahr in ein Dekret gekleidet. Diese neue Kampagne stellt auch ein Eingeständnis dar, dass in Unruheregionen, wie z.B. im Bezirk Driru, bisherige Massnahmen allein nicht ausreichten. In Driru verweigern sich Laien, Mönche und Nonnen seit mehreren Jahren allen erzwungenen Loyalitätsbezeugungen, wie zum Beispiel dem Zwang, auf Dächern von Häusern und Klöstern die chinesische Nationalflagge zu hissen anstatt der traditionellen Gebetsfahnen. Selbst ein im Jahr 2013 eingeführtes sogenanntes «Rastermanagement» führte nicht zum gewünschten Resultat.





FACTSHEET #1 // GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCH-TIBETISCHE FREUNDSCHAFT (GSTF)

Damit ist eine Massnahme gemeint, die tibetische Haushalte in kleinste Einheiten einteilt, die je von einem «Inspektor» überwacht werden. Es kann sogar vorkommen, dass sich Kader für mehrere Tage oder Wochen bei Familien einquartieren, um deren Lebensweise zu kontrollieren.

Die Bestimmungen und Strafandrohungen von «Verbesserungskampagnen» sind wohl bewusst mehrdeutig formuliert um den Behörden je nach Situation grosse Willkür bei ihren Massnahmen zu erlauben. So wird Mönchen und Nonnen mit Ausweisung aus ihren Klöstern und einer sechsmonatigen «Erziehungsmassnahme» gedroht, wenn sie sich in jegliche «Regierungsangelegenheiten einmischen». Das gleiche gilt für «Einmischung in soziale Auseinandersetzungen». Diese Bestimmungen könnten alle Tibeter treffen, die sich bisher erfolgreich als Schlichter bei Disputen unter Tibetern betätigten, aber auch solche, die einfach nur privaten tibetischen Unterricht anbieten.

Im Bezirk Rebkong wurde Anfang 2015 eine Liste von 20 «illegalen Aktivitäten» publiziert, die fast sämtliche Aspekte des tibetischen Lebens zu potenziellen Straftaten erklärt und für die zum Teil massive Strafen angedroht werden. Die Liste schliesst schon bisher strafbare Handlungen wie die Unterstützung von Selbstverbrennungen und die Propagierung der tibetischen Unabhängigkeit ein, fügt aber weitere Tatbestände in zum Teil absurd erscheinenden Details hinzu. Einige Beispiele von Verboten sind:

- Aktivitäten, Proteste oder Versammlungen im Kontext von «Gleichheit der Sprachen» [eine häufig vorgetragene Forderung, um gegen die Bevorzugung der chinesischen Sprache im Schulunterricht zu protestieren], Nahrungsmittelsicherheit oder Schutz von Tierarten
- Betreiben von Organisationen im Namen der Förderung der tibetischen Sprache, der Umwelt oder der Erziehung [dies zielt auf tibetische Privatschulen oder informellen Unterricht in tibetischer Religion und Tradition ab. In den letzten Monaten wurden mehrere solcher Schulen geschlossen]
- Verfassen und Publizieren von Büchern, Artikeln, Videos oder Tonträgern mit «separatistischem Inhalt», auch das nicht sofortige Löschen dieser Inhalte auf dem eigenen Mobiltelefon oder Computer oder das Weiterleiten an Dritte
- Verfolgen von Nachrichten von jeglichen Medien ausserhalb Chinas, sowie Verbreiten von Nachrichten aus Tibet an «ausländische Kräfte» und Kontaktaufnahme mit «separatistischen Kräften»
- Illegale oder legale (!) Ausreise aus Tibet zur Teilnahme an religiösen Veranstaltungen [in der Vergangenheit sind Tibeter oft legal nach Indien gereist, um an Belehrungen oder Initiationen teilzunehmen, kehrten danach aber wieder nach Tibet zurück]



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6





FACTSHEET #1 // GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCH-TIBETISCHE FREUNDSCHAFT (GSTF)

- Aufhängen von Bildern des Dalai Lama, sowie Planen und Durchführen von Gebetsversammlungen für den Dalai Lama an öffentlichen Orten «im Namen von Religion und Tradition»
- Anbringen von Aufklebern oder Bannern für die tibetische Unabhängigkeit oder das Abspielen von Musik mit entsprechenden Inhalten in Fahrzeugen
- Teilnahme an Festivals, wenn «ausländische Kräfte Aktivitäten für die tibetische Unabhängigkeit durchführen» [in der Vergangenheit kam es mehrfach zu kurzen, friedlichen Protestaktionen, z.B. während Festivals oder Reiterspielen, die auch von Touristen gesehen wurden]
- «Destabilisierung der Ordnung», indem man «andere zwingt, nur noch Tibetisch zu sprechen» oder dazu aufruft, Tiere vor dem Schlachten zu bewahren [zu Letzterem wurde häufig anlässlich des Gedenkens an Selbstverbrennungsoffer aufgerufen]

Verbotene Religionsausübung

Unter Strafe steht nur schon der Besitz von Bildern des Dalai Lama. Auch Regierungskadern werden Strafen angedroht, wenn sie die Einhaltung dieser Bestimmungen nicht konsequent durchsetzen. Inzwischen sind Regierungskader gemäss einem Aufruf der Kommunistischen Partei sogar dazu veranlasst, Kolleginnen und Kollegen zu identifizieren und zu bestrafen, die sich zwar äusserlich konform verhalten, aber im Inneren immer noch religiös sind. Eine weitere Bestimmung verfügt den Abriss aller «illegal», d.h. seit Anfang 2011, errichteten religiösen Bauwerke, seien es Klöster, Einsiedeleien oder selbst Gebets-Mauern. Strikt werden Klöster darauf kontrolliert, ob die Höchstzahl an Mönchen oder Nonnen eingehalten wird und diese das Mindestalter von 18 Jahren aufweisen. Das hat zu zahlreichen Wegweisungen aus Klöstern geführt, manche von ihnen sind ganz geschlossen. In diesem Jahr wurden beispielsweise aus dem Nonnenkloster Jada Garden Khacheoling 106 Nonnen ausgewiesen, weil sie angeblich keine Aufenthaltsbewilligung besaßen. Mehr noch, ihre Behausungen wurden sogleich abgerissen. Besonders zynisch ist, dass vorher Regierungskader in das Kloster kamen und den Bau von neuen Behausungen für registrierte Nonnen ankündigten. Statt dieses Versprechen einzulösen, beschlagnahmten sie direkt vor dem Abriss Statuen und Bücher aus dem 527 Jahre alten Kloster und liessen später die Holztrümmer aus dem Abriss von Mitarbeitern des Forstamtes abtransportieren.

Verweigerung von Reisepässen

Ein weiterer Regierungserlass vom April 2012 führt mittlerweile zu erheblichen Restriktionen, wenn Tibeter einen Reisepass beantragen. Die verfügbaren Hürden und Restriktionen für die Ausstellung haben dazu geführt, dass nach Veröffentlichung des Erlasses nicht ein einziger



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6





Reisepass mehr an Tibeter ausgestellt wurde, die nicht in offizieller Mission unterwegs waren. Tibeter, die nicht in offizieller Mission unterwegs sind, haben in der Vergangenheit oft Reisepässe beantragt, um legal zu Zeremonien des Dalai Lama im indischen Exil ausreisen zu können.

Propaganda für ein «glückliches Tibet»

Um dem übrigen China und dem Ausland ein «glückliches Tibet» vorzugaukeln, werden Tibeter dazu genötigt, scheinbar traditionelle Handlungen weiterzuführen. In der Unruheregion Driru wurden in einer absurd anmutenden Bestimmung Tibeterinnen und Tibeter dazu gezwungen, sich in einer «Talentschau» zu zeigen, um weiter die Genehmigung zum Sammeln des Raupenkeulenpilzes (tibet. Yartsa Gunbo, lat. ophiocordyceps sinensis) zu erhalten. Viele Tibeter sind in ihrem Einkommen sehr stark vom Sammeln und Verkauf des Pilzes abhängig, dem heilende Wirkungen zugeschrieben werden und der auf dem Markt zu hohen Preisen verkauft wird. Laut der publizierten Bestimmung wird die Sammelgenehmigung nur erteilt, wenn man vorher an einer «Talentschau» genannter Aufführung von traditionellen Tänzen und Gesängen als Akteur oder Zuschauer teilnimmt. Mehr noch, die Akteure werden gezwungen, dabei Kostüme zu tragen, die mit Pelzen von Wildtieren besetzt sind. Diese Kostüme wurden von den Behörden sogar extra zur Aufführung transportiert. Der Zwang, diese Kleider zu tragen, soll offensichtlich einen Appell des Dalai Lama aus dem Jahre 2006 unterlaufen. Dieser hatte dazu aufgerufen, aus Respekt vor den Lebewesen keine mit Pelzen besetzten Kleider mehr zu tragen. Nach seinem Aufruf fanden sich Tibeter in Massen zusammen, um ihre Kleider, die traditionell zum wertvollen Familienbesitz gehörten und über Generationen weitergegeben wurden, in einer öffentlichen Demonstration zu verbrennen. Im Bezirk Nangchen in Osttibet wurden Tibeter aus 10 verschiedenen Dorfgemeinschaften gezwungen, in pelzbesetzten Kleidern Tänze und Gesänge aufzuführen. Während der Proben wurden sie durch Polizisten, die mit Waffen und elektrischen Schlagstöcken zugegen waren, massiv eingeschüchtert. Nach der Aufführung seien Polizeikräfte ohne Vorwarnung in die Zelte der schlafenden Tibeter eingedrungen und hätten mit Schlagstöcken auf sie eingeschlagen. Insgesamt 30 Tibeter wurden mit teils schweren Verletzungen in umliegende Spitäler gebracht. Als Grund sei ihnen später mitgeteilt worden, sie hätten während der Aufführung einen «unglücklichen Gesichtsausdruck» gezeigt. Einer Delegation des US-Kongresses wurde bei einem offiziell genehmigten Tibet-Besuch im November 2015 unter scharfer Beobachtung durch Agenten eine Normalität vorgegaukelt, die lokale Tibeter als «Potemkin-Lhasa» bezeichneten. Im Vorfeld des Besuches wurden die Einwohner von Lhasa noch massiver als sonst indoktriniert und kontrolliert. Bei der Ankunft der Delegation in Lhasa verschwanden zur Verwunderung der Bewohner plötzlich alle Kontrollposten an Strassenkreuzungen und Metalldetektoren vor den Sehenswürdigkeiten. In jedem Quartier von Lhasa wurde eine bestimmte Zahl von Tibetern dazu genötigt, religiösen Tätigkeiten nachzugehen, wie zum Beispiel den Jokhang-Tempel zu umwandeln oder zu beten. Einige gaben an, dass man ihnen dafür Bezahlung





anbot. Die sechsköpfige US-Delegation zählte 30 Personen, die sie bei Rundgängen begleitete und dafür sorgte, dass sie nicht von der festgesetzten Route abwich.

Umsiedlung von Nomaden

Mit der Umsiedlung und erzwungenen Sesshaftmachung von Nomaden wird nicht nur ein wichtiger Aspekt der traditionellen tibetischen Lebensweise vernichtet, sondern auch die Umwelt geschädigt. Die nomadische Tradition bewahrte über Jahrhunderte das sensible ökologische Gleichgewicht, während nun ihr Land häufig zur Ausbeutung von Bodenschätzen freigegeben wird, die jegliche Standards des Umweltschutzes ignoriert. In der Nähe von Minen klagen Tibeter oft über Absenkungen und Verschmutzung des Grundwassers mit Verdorren der Weiden, sowie Krankheiten und Missbildungen bei Tieren und Menschen. Die chinesische Regierung hat mitgeteilt, dass das 2006 begonnene Programm zur Sesshaftmachung von tibetischen Nomaden kurz vor der Beendigung steht. In der Autonomen Region Tibet sind praktisch alle 2.3 Millionen Nomaden in neu gebauten Siedlungen sesshaft gemacht worden, und in der nördlich angrenzenden Provinz Qinghai sollen gemäss dem Fünfjahresplan ebenfalls 90% aller Nomaden sesshaft geworden sein. Die Nomaden werden dazu aufgefordert, ihre Viehherden in «Kooperativen» zusammenzufassen. Das Nachrichtenportal Qinghai Online News feierte diese Entwicklung mit folgenden Worten: «Die lokalen Nomaden freuen sich nun über ein neues, modernes Leben in blitzsauberen neu gebauten Häusern, während ihre Herden auf dem endlosen Grasland unter der Regie einer Kooperative gehegt werden.» Offiziell wird die Sesshaftmachung mit ökologischen Aspekten begründet, zum Beispiel dem Risiko von Überweidung. Kritiker entgegnen, dass in Wirklichkeit die Regierung ein starkes Interesse nach leichter sozialer Kontrolle der Nomaden und Ausbeutung von Bodenschätzen im früheren Weideland hat. Nicht selten entpuppen sich die «blitzsauberen Häuser» als teure, monotone Siedlungen in entlegenen Regionen. Viele der Häuser wurden nach minimalen Baustandards errichtet. Bei dem schweren Erdbeben in Amdo (der heutigen chinesischen Provinz Qinghai) im Jahre 2010 zeigte sich, dass diese Siedlungen den Erdstössen nicht standhielten und einstürzten. Der Umsiedlung ging keine Konsultation der Betroffenen voraus, gleichwohl mussten sie für ihre neuen Behausungen bezahlen. Viele Nomaden konnten nicht den gesamten Kaufpreis aufwenden und mussten Darlehen aufnehmen, die sie jetzt nicht abzahlen können. Einmal in genormten Siedlungshäusern sesshaft gemacht, werden sie ihrer traditionellen Lebens- und Arbeitsweise beraubt und sind oft nicht mehr in der Lage, neue Erwerbsquellen zu finden. Stattdessen verarmen sie und verfallen dem Alkohol. Dennoch fällt der Regierung die soziale Kontrolle in solchen Siedlungen viel leichter. Die in Kooperativen eingebrachten Herden der Nomaden werden de facto ihrer Kontrolle entzogen, während die chinesischen Angestellten in der Kooperative die Bewirtschaftung übernehmen.



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)

Binzstrasse 15 | CH-8045 Zürich | T 044 451 38 38
buero@gstf.org | gstf.org

Postkonto 80-58056-6 | IBAN CH41 0900 0000 8005 8056 6

